

Mehr private Kleinaktionäre



Deutschland sollte eine Gesellschaft von Eigentümern werden, fordert Christian Lindner. Er skizziert im Gastbeitrag für das "Handelsblatt", wie das gelingen kann. Der FDP-Chef plädiert für Aktienbesitz als Baustein für die [Altersvorsorge](#) [1] und wirbt für mehr finanzielle Freiräume, steuerliche Anreize für Aktienbesitz und eine stärkere Förderung privater Vorsorge. Er kritisiert: "Es ist verrückt, dass der Staat Altersvorsorge mit komplexen und teuren Förderinstrumenten unterstützt, auf der anderen Seite aber bei Kapitaleinkünften schamlos zugreift."

Christian Lindner bedauert, dass Aktienkultur in Deutschland "unterentwickelt" ist: "Nur 6,8 Prozent der Deutschen sind Aktionäre, inklusive Aktienfonds liegt die Quote bei 14 Prozent. In den Niederlanden, Schweden oder den USA ist der Wert drei- bis fünfmal so hoch." Dabei würde Aktienbesitz auch der Entfremdung von Wirtschaft und Gesellschaft entgegenwirken, ist Lindner überzeugt: "Die Bürgerinnen und Bürger würden unmittelbarer an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben, sie könnten sich stärker einbringen und mitbestimmen."

Private Vorsorge muss unterstützt werden

Bislang werde Aktienbesitz aber steuerpolitisch bestraft. Und das will der Freidemokrat ändern. Sein Appell: "Wer vorsorgen will, benötigt finanziellen Spielraum. Deshalb brauchen wir eine Abmilderung der kalten Progression und die stufenweise Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Zweitens: Aktienbesitz darf nicht durch eine Abschaffung der Abgeltungsteuer zusätzlich bestraft werden. Wir sollten umgekehrt darüber nachdenken, die Spekulationsfrist wieder einzuführen. Das würde unter anderem einen Anreiz für langfristige Investitionen schaffen. Drittens: Private Vorsorge muss unterstützt werden. Deshalb sollte

der Sparerpauschbetrag angehoben werden."

Lesen Sie hier den vollständigen Gastbeitrag:

Vierzig Prozent der privaten Geldvermögen der Deutschen schlummern als Bankguthaben vor sich hin. Nur sechs Prozent sind in Aktien angelegt. Dabei sind sie als Baustein für die Altersvorsorge glänzend geeignet: Aktien können in kleinen Mengen auch mit geringem Einkommen erworben werden. Aktienbesitz stärkt die Eigentumssubstanz jedes Einzelnen. Die Aktienkultur in Deutschland ist jedoch unterentwickelt. Nur 6,8 Prozent der Deutschen sind Aktionäre, inklusive Aktienfonds liegt die Quote bei 14 Prozent. In den Niederlanden, Schweden oder den USA ist der Wert drei- bis fünfmal so hoch.

Das schlägt sich auch in der Aktionärsstruktur deutscher AGs nieder. Deutsche Investoren halten nur 18 Prozent des Dax-Streubesitzes. Ein Großteil der Dividenden fließt also ab. Zugespielt formuliert finanzieren deutsche Unternehmen Wohlstand im Ausland. Dabei würde Aktienbesitz auch der Entfremdung von Wirtschaft und Gesellschaft entgegenwirken: Die Bürgerinnen und Bürger würden unmittelbarer an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben, sie könnten sich stärker einbringen und mitbestimmen.

Sigmar Gabriel behauptet, dass „jemand, der auf dem Sofa liegt und Aktien hat, weniger Steuern zahlt als einer, der jeden Tag arbeiten geht“. Das ist eine Ohrfeige für jeden Kleinaktionär – und unwahr: Aktienbesitz wird steuerpolitisch bestraft. Der Unternehmensgewinn wird zunächst mit rund 15 Prozent Gewerbe- und 15 Prozent Körperschaftsteuer belegt. Von der Dividende gehen dann Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag ab. Nur rund 51 Prozent kommen beim Aktionär an. Fast die Hälfte kassiert der Staat. Aktienbesitz wird diskriminiert. Das müssen wir ändern: Durch mehr finanzielle Freiräume, steuerliche Anreize für Aktienbesitz und eine stärkere Förderung privater Vorsorge.

Erstens: Wer vorsorgen will, benötigt finanziellen Spielraum. Deshalb brauchen wir eine Abmilderung der kalten Progression und die stufenweise Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Zweitens: Aktienbesitz darf nicht durch eine Abschaffung der Abgeltungsteuer zusätzlich bestraft werden. Wir sollten umgekehrt darüber nachdenken, die Spekulationsfrist wieder einzuführen. Das würde u.a. einen Anreiz für langfristige Investitionen schaffen. Drittens: Private Vorsorge muss unterstützt werden. Deshalb sollte der Sparerpauschbetrag angehoben werden. Es ist verrückt, dass der Staat Altersvorsorge mit komplexen und teuren Förderinstrumenten unterstützt, auf der anderen Seite aber bei Kapitaleinkünften schamlos zugreift. Deutschland sollte eine Gesellschaft der Eigentümer werden. Mehr private Kleinaktionäre wären ein guter Anfang.

Quell-URL:<https://www.liberales.de/content/mehr-private-kleinaktionaere>

Links

[1] <https://www.fdp.de/position/rente>